Sitzungsvorlage 133/2014

öffentlich

TOP: Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Mitglieder des Verwaltungsrates der Abwasserbeseitigung Weißenfels - AÖR

Beratungsfolge	Sitzungstag	TOP
Hauptausschuss	18.08.2014	
Stadtrat	21.08.2014	

☐	Einbeziehung des Senioren- und/oder	☐	Behindertenbeirats
--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	--------------------

Finanzierung:			
Mittel stehen bereit im Budget:	☐ ja	☐ Nein, jedoch	☐ apl ☐ üpl ☐
aus dem lfd. Haushalt: aus VE / Resten:	☐ ☐	Deckung in Budget Nr. aus Produkt: aus SK / USK aus Maßnahme-Nr. Ansatz auf SK noch verfügbar im SK	
KSt: SK: USK:			
Unterschrift Budgetverantwortlicher			
Mitzeichnung im Bedarfsfall:	Unterschrift		
Zustimmung eines anderen Budgetverantwortlichen			
Bestätigung durch Amt Finanzen			

Sachstandsbericht:

I. Anlass und Grundlagen:

Es gilt das Gleiche, wie für die neu gefasste städtische Entschädigungssatzung für ehrenamtliche Tätigkeit.

Die ehrenamtlichen Mitglieder des Verwaltungsrates haben Anspruch auf eine Entschädigung für ihre ehrenamtliche Tätigkeit. In der Unternehmenssatzung ist dazu geregelt, dass diese Aufwandsentschädigung nach Maßgabe einer von der Stadt zu erlassenden Entschädigungssatzung gewährt wird (§ 4 Nr. 3 AnstaltsVO i. V. m. § 5 Abs. 8 Unternehmenssatzung). Die Entschädigungssatzung wird von der Stadt als Anstaltsträger aufgrund ihrer Satzungscompetenz mit Wirkung für die Anstalt erlassen. Die Ansprüche aus der Satzung richten sich unmittelbar gegen die Anstalt und sind von dieser zu erfüllen.

Die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder des Verwaltungsrates der Anstalt erfolgt als Kombination zwischen einem monatlichen Pauschalbetrag und Sitzungsgeld. Der Ansatzpunkt für die Höhe dieser Entschädigung war und ist die entsprechende Anwendung der für die Vertreter der Verbandsmitglieder in einer Verbandsversammlung eines Zweckverbandes geltenden Vorgaben. Dies rechtfertigt sich aus den größtenteils vergleichbaren Stellungen und Aufgaben des im konkreten Fall mit der Aufgabe der Abwasserentsorgung zur Anstalt übergeleiteten Zweckverbandes. Dies allerdings unter der Einschränkung, dass die Satzungsbefugnis für die Anstalt beim Anstaltsträger liegt und nicht wie zuvor beim Zweckverband über dessen Verbandsversammlung und dass eine Weisungsbefugnis des Stadtrates gegenüber den Mitgliedern des Verwaltungsrates in wesentlichen Angelegenheiten der Anstalt besteht.

Nach der kommunalaufsichtlichen Orientierung über eine angemessene Aufwandsentschädigung der gemeindlichen Vertreter in einer Verbandsversammlung eines Zweckverbandes, erhalten diese eine Entschädigung, die bis zu 50 v. H. der Höchstgrenzen für Gemeinderäte in der jeweiligen Gemeindegrößenklasse gewährt werden kann (vgl. Ziff. 4 des Runderlasses des MI vom 16.06.2014; siehe Sitzungsvorlage zur städtischen Entschädigungssatzung). Die bisherige Monatspauschale beträgt 40,00 Euro. Der aktuelle Höchstsatz beläuft sich auf 75,00 Euro. Aus den bisher zu Grunde gelegten Motiven zur Bestimmung der konkreten Aufwandsentschädigung wird vorgeschlagen, genauso wie beim Stadtrat eine ca. 20-prozentige Anhebung des bisherigen Betrages vorzunehmen. Rechnerisch würde sich dies auf 48,00 Euro belaufen. Eine weitere Aufrundung auf 50,00 Euro ist unter Berücksichtigung aller Umstände gerechtfertigt und auch praktikabel.

Das Sitzungsgeld zum bisherigen Höchstsatz von 13,00 Euro wird genau wie beim Stadtrat auf 16,00 Euro erhöht.

II. Zur Satzungsänderung im Einzelnen:

Zu § 1:

1. Es werden die zuvor erläuterten Betragsangaben für die monatliche Aufwandsentschädigung und das Sitzungsgeld geändert.

2. Dementsprechend angepasst wird die zusätzliche Aufwandsentschädigung für den stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates, sofern der Vorsitzende für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als 3 Monaten an seiner Tätigkeit verhindert ist.
3. Es erfolgt, wie in der städtischen Entschädigungssatzung, eine Klarstellung, dass sich der monatliche Pauschalbetrag auf den Kalendermonat bezieht.
4. § 5 erhält zum Ersatz von Verdienstaussfall die gleiche auf die Anstalt angepasste Vorschrift wie die städtische Entschädigungssatzung.
5. § 6 über den Kostenersatz von Dienstreisen und über Fahrtkosten erhält die gleiche an die Anstalt angepasste Fassung wie die städtische Entschädigungssatzung zur gleichen Regelung.

Zu § 2:

In Verbindung mit dem rückwirkenden In-Kraft-Treten zum 1. Juli 2014 (§ 3) wird die Fälligkeit von Nachzahlungen aufgrund der erhöhten Entschädigungsbeträge geregelt.

Zu § 3:

Die Änderungssatzung wird rückwirkend zum 1. Juli 2014 in Kraft gesetzt, um von Anfang an den durch den Stadtrat neu bestimmten Mitgliedern des Verwaltungsrates die ab diesem Zeitraum mögliche höhere Entschädigung zu gewähren.

III. Entscheidungszuständigkeit:

Die Entscheidungszuständigkeit des Stadtrates beruht auf der Satzungsbefugnis nach § 45 Abs. 2 Nr. 1 KVG LSA, nachdem sich der Stadtrat vorbehalten hat, selbst die Satzungen der Anstalt zu erlassen.

Die Vorberatungszuständigkeit des Hauptausschusses folgt aus § 13 Abs. 4 Hauptsatzung. Eine Stellungnahme des Verwaltungsrates nach § 5 Abs. 1 Satz 2 Unternehmenssatzung entfällt, da die Angelegenheit den Verwaltungsrat selbst betrifft.

Erarbeitet: Rechtsamt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt, der Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder des Verwaltungsrates der Abwasserbeseitigung Weißenfels – Anstalt öffentlichen Rechts in der dieser Sitzungsvorlage beiliegenden Fassung zuzustimmen.

Risch
Oberbürgermeister

Anlage

Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung